

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Adresse: Amt Dresden Nr. 31.302
Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Danzig-Adress: Stadthaus Dresden, Straße Blasewitz Nr. 608
Postfach-Adress: Nr. 212 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wahren, Niederpfortitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drazek, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Markt, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6gepaltene Post-Zelle mit 20 Goldspennigen berechnet, Reklamen die 4 gepaltene Zelle mit 30 Spennigen. Aus alter und neuer Zeit, Wochen-Zeitung, Schilfmüllerbogen. Der Tagespreis beträgt frei ins Haus mit 60 Goldspennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Scharten werden mit 30% Zuschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserentenbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich auf die 1. und 2. Zahlung, Rioge od. Konture d. Auftragsgebühren.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
81. Jahrgang

Nr. 74

Sonnabend, den 28. März

1925

Frankreich zieht den deutschen Vorschlag in Erwägung

Der Berliner Berichterstatter der „Echo Tribune“ behauptet, daß Donnerstag zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem französischen Botschafter de Monerie eine Unterredung stattgefunden habe, bei der dieser mitteilte, daß die Verhandlungen unter den Alliierten wegen der deutschen Sicherheitsvorschläge bedeutende Fortschritte gemacht hätten und daß Ministerpräsident Poincaré nunmehr bereit sei, offiziell die deutschen Vorschläge in Erwägung zu ziehen. Daß eine solche Unterredung zwischen Dr. Stresemann und de Monerie stattgefunden hat, wird von keinem Korrespondenten der Pariser Zeitungen in Berlin bestätigt. Der „Petit Parisien“ behauptet, daß man jetzt von Deutschland eine neue Denkschrift erwarte, worin die bisher nur allgemein gehaltenen Sicherheitsanträge genauer gefaßt sein würden. Insbesondere solle Deutschland Mitteilung machen, wie es sich das künftige Schiedsgericht vorstelle und wie es möglich wäre, mit allen Nachbarn zu einem Einvernehmen zu gelangen. Ferner solle Deutschland mitteilen, daß es bereit wäre, besondere Schiedsgerichtsverfahren mit allen alliierten Ländern, die an Deutschland grenzen, abzuschließen. Der „Petit Parisien“ erklärt weiter: Wenn Deutschland aus eigenem Entschluß seine Anträge genauer formuliert, so würde es wenigstens für den Augenblick Anfragen vermeiden, die die Alliierten stellen wollten und über deren Inhalt sie derzeit untereinander verhandeln. De Monerie dürfte schon heute eine Besprechung mit Chamberlain wegen der an Deutschland zu stellenden Anträge haben. Zwischen Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei sind bereits in den letzten Tagen Vereinbarungen wegen einer gemeinsamen Haltung den deutschen Sicherheitsvorschlägen gegenüber getroffen worden, und nunmehr richtet das französische Kabinett an die belgische und italienische Regierung die Bitte, ihre Ansichten über die deutschen Vorschläge mitzuteilen und sich überhaupt über die Sicherheitsfrage zu äußern.

Die Verhandlungen mit London würden erst dann in ein entscheidendes Stadium treten, wenn Rom und Brüssel ihre Antwort nach Paris geschickt haben werden. Erst dann scheint man auch, wenn der „Petit Parisien“ gut unterrichtet ist, mit Deutschland in Verbindung treten zu wollen, zumal bis dahin eine offizielle Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage des Eintritts in den Völkerbund erwartet werde. Denn man erwartet, einer Londoner Reitermeldung zufolge, in etwa 14 Tagen die Note, die Deutschland an den Völkerbund richten werde und aus der man erkennen würde, ob Deutschland entschlossen sei, ohne Vorbehalte der Genfer Vereinigung beizutreten. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal“ erzählt in englischen wörtlichen Zitierten, daß vielleicht die Räumung der Kölner Zone und die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund gleichzeitig erfolgen könnte, also wohl erst Ende September. Der Gedankenaustausch zwischen London und Paris in der Sicherheitsfrage werde fortgesetzt. Auch dieser Berichterstatter glaubt, daß Deutschland nähere Mitteilungen in der Sicherheitsfrage nunmehr machen werde. Offiziell sei übrigens das Foreign Office über diese Absicht Deutschlands nicht unterrichtet worden.

Die französische Senatskommission sabotiert den Sicherheitsplan

In der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erhaltete gestern Senator de Jonvenelle Bericht über die letzte Tagung des Völkerbundsrates. Er machte dabei die wichtige Mitteilung, daß der Völkerbundsrat sich dafür entschieden habe, einen Unterschied zwischen den Verfehlungen gegen die allgemeinen Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und den Verfehlungen zu machen, die sich auf die entmilitarisierten Rheinlande beziehen. Die letztgenannten Verfehlungen würden sofortige Verteidigungsmaßnahmen gegen Deutschland zur Folge haben können. Jonvenelle sprach sodann über das Genfer Protokoll und fährt fort: Sollte ein Sicherheitsvertrag zustandekommen, so müßte dieser anerkannt von den Staaten abgeschlossen werden.

Die 7 Präsidentschaftskandidaten



Ludendorff

Jarres

Seid



Marg

Heilpach

Braun

Ehlmann

die bereits Mitglieder des Völkerbundes sind. Ein solcher Sicherheitsvertrag müßte von ausgedehnten Militärkonventionen begleitet sein, und erst wenn ein derartiger Pakt abgeschlossen wäre, könnten ihm andere Völker beitreten, die aber erst in den Völkerbund aufgenommen sein müßten. Nur so hätte Frankreich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, der dazu bestimmt sei, die bestehenden Friedensverträge zu schützen, aus diesem kein Organ mache, das diese Friedensverträge revidieren würde. Alle Mitglieder der Senatskommission, darunter Poincaré, stimmten den Ausführungen Jonvenelles zu. Es wurde beschlossen, Herrlot die Mitteilung zu machen, welche Anschauungen die Senatskommission in der Frage des Sicherheitspakt habe.

Die französische Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten ist beherrscht von dem Geiste Poincarés, der auch den letzten Verständigungswillen ausschließt und nur in der politischen Atmosphäre der Proteste, Dilatate und Scharfmacherei gedeihen kann. Darum liegt es der Senatskommission daran, die ausdrücklich Friedenswillen entstandenen deutschen und englischen Pläne zum Abschluß gegenfeitiger Sicherheitsverträge unter allen Umständen zu sabotieren. Sie will einen „Sicherheitsvertrag“, der sich gegen Deutschland richtet. Sie will durch den Abschluß von Militärkonventionen mit England und Belgien ebenfalls eine Allianz schaffen, die die stark abdrückende Mauer gegen Deutschland wieder fertig, obwohl England seine Abneigung gegen derartige Bündnisse oft genug zu verhehlen gab. Sie will jede Möglichkeit ausschließen, daß der Artikel 19 der Völkerbundsakte, der die Revision der bestehenden Friedensverträge zuläßt, wirkliche Bedeutung erlangen könnte. Sollte die französische Regierung den Forderungen der Senatskommission irgendwelche Zugeständnisse machen, so würde sie sich der Sabotage des Friedensgedankens schuldig machen.

Rein neues deutsches Memorandum

In verschiedenen Pressemitteilungen ist von einem neuen Memorandum der Reichsregierung in der Sicherheitsfrage die Rede. Wie wir von unrichtiger Seite hören, sind diese Mitteilungen unzutreffend. Den alliierten Regierungen ist ein neues deutsches Memorandum in dieser Angelegenheit nicht überreicht worden. Auch beabsichtigt die Reichsregierung die Überreichung eines solchen Memorandums zurzeit nicht.

Jarres erkrankt

Am Westhol: in Köln hielt gestern der Reichsbild eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Jarres die Hauptrede halten sollte. An der Bearbühnungsaussprache teilte der Vorsitzende der Kölner Ortsgruppe der Deutschen Nationalen Volkspartei mit, daß Dr. Jarres wegen eines heftigen Grippeanfalls die angedachte Rede leider nicht halten könne. Dr. Jarres erkrankt kurz das Wort und hat, ihn zu entschuldigen und an seiner Stelle den Abg. Dr. Seifernagel anzuhören.

Dr. Seifernagel erklärte u. a.: er sei von Jarres zu der Erklärung ermächtigt, daß Dr. Jarres Ausführungen in Hamburg auf amtlichem Material und amtlichen Stenogrammen beruhen. Auf Wunsch habe das Material zur Verfügung. Es sei jedoch im Interesse des gesamten Rheinlandes zu wünschen, daß die Auseinandersetzungen darüber geschlossen sein mögen.

Darauf erwidert Dr. Jarres noch einmal kurz das Wort. Was ich in Hamburg und München behauptet habe, ist bekräftigt worden und doch wahr. Der Beweis dafür steht im Augenblick für Unparteiliche zur Verfügung. Ich halte es aber im Interesse des Rheinlandes für besser, wenn nicht weiter darüber gesprochen wird. Fort mit dieser furchtbaren rheinischen Arie! Wir sind bereit, mit jedem Landmann, welcher politischen Richtung er auch angehört, nur

Verteidigung unseres Rheinlandes und zur Wiedererreichung unserer Freiheit zusammenzukommen.

Abg. M. W. W. Oberbürgermeister Dr. Jarres muß auf ärztliche Anordnung seine Teilnahme an den für morgen vorzunehmenden Beratungen in Erfurt und Weimar ablassen.

Rückgang der Erwerbslosigkeit

In der Zeit vom 1.—15. März hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge im ganzen Reich von 540 000 auf 515 000, d. h. um rund 5 Prozent vermindert. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 501 000 auf 475 000 gesenkt, die der weiblichen ist annähernd gleich geblieben. Die Zahl der jugendliche Hauptunterstützungsempfänger, ist von 752 000 auf 727 000 zurückgegangen.

Gratifikationen an Spigel?

Wie jetzzeit gemeldet, sind der französische Direktor der obersten Polizeiverwaltung des Saargebietes Adier und der Oberstleutnant Rollin von ihren Posten entbunden worden. Beide gingen „auf Urlaub“ und kehrten nicht mehr in den Verwaltungsdienst zurück. Aus hiesigen Blättern wird bekannt, daß die beiden Beamten anlässlich ihres Fortganges Gratifikationen in Höhe von 55 000 und 27 000 Franks erhalten haben sollen. Die Nachricht, daß die Untere und Spidellere, die das Deutschum an der Saar schwer geschädigt haben, durch Geld abendrein bezahlt worden sind, hat großes Aufsehen hervorgerufen. Es wird eine entsprechende Anfrage an die Regierung gerichtet, die darauf höchstwahrscheinlich bald antworten wird. An sich ist es gar nicht unmöglich, daß die Sicherung der Saarbevölkerung in der oben gekennzeichneten Weise vergütet werden, da das Gratifikationswesen bei der Saarregierung in hoher Blüte steht.